

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmer.



Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen. Denn Erwerbsarbeit ist der Schlüssel zu finanzieller Unabhängigkeit, gesellschaftlicher Integration und einem selbstbestimmten Leben.

Es muss oberste Priorität der Politik sein, die Chancen der Menschen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen, von dem sie gut leben und in dem sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten aktiv einbringen können. Grundvoraussetzung dafür sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen, in denen Unternehmen sichere und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen können. Angesichts rascher Veränderungen in der Arbeitswelt braucht es zudem eine umfassende Neuausrichtung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, auf deren Grundlage wir es wieder zurück ins europäische Spitzenfeld der Länder mit der geringsten Arbeitslosigkeit schaffen können.

- **Mehr Netto vom Brutto:** nachhaltige Senkung der Lohn- und Einkommensteuer
- **Plus durch Familien-Steuerbonus:** 1.500 Euro pro Kind und Jahr in Form eines Abzugsbetrages
- **Senkung der Lohnnebenkosten** ohne Leistungsreduktionen
- **Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags** für niedrige Einkommen
- **Gebührenbremse** bei Müll, Abwasser und Kanal
- **Stärkung der dualen Berufsausbildung**, z.B. Ausbau des Konzepts Lehre mit Matura, Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Lehre und Fachhochschulen, Zugang zur Lehre auch für Ältere ermöglichen

- **Karrierechancen erhöhen:** Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Betriebe sowie Maßnahmenbündelung für qualifizierte Teilzeitarbeit gemeinsam mit dem AMS etablieren
- **Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs:** gesetzliche Angleichung noch unterschiedlicher Regelungen für Arbeiter und Angestellte unter Einbeziehung der jeweiligen Interessensvertreter; Angleichung der Belegschaftsorgane [Betriebsräte]
- **Arbeitszeitflexibilisierung** im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu ermöglichen
- **Diskriminierungen von Frauen** in allen Kollektivverträgen gemeinsam mit Sozialpartnern prüfen und **beseitigen** [Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen]
- Veränderung der Dauer des **arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes** sowie des **versicherungsrechtlichen Schutzes** in Richtung der längstmöglichen Bezugsvariante des Kinderbetreuungsgeldes für alle Kinderbetreuungsgeldbezieher
- **Ausgleichszulage:** Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- **Lohn- und Sozialdumpingbekämpfung:** Fokussierung auf echte Fälle von Lohndumping und Verbesserung des grenzüberschreitenden Vollzugs
- **Schulungen von Arbeitssuchenden** verstärkt in Kooperation mit Unternehmen und auf einen konkreten Arbeitsplatz bezogen
- Mehr **Beschäftigungsanreize und Effizienz in der aktiven Arbeitsmarktpolitik** [z.B. Kombilohn, Betriebspraktika, Kurzarbeit] und Forcierung der Wiedereingliederung
- Verstärkte Koordination und Forcierung der **Eingliederung von Menschen mit Behinderung** in den Arbeitsmarkt
- **Betriebliche Gesundheitsförderung** weiter forcieren
- **Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs für Pendler:** Bekenntnis zu einem bundesweiten Ausbau von Park&Ride-, Bike&Ride- und Carsharing-Lösungen an Bahnhöfen

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg
für Familien.



UNSER WEG

Wir fördern Familien stärker als bisher, denn sie sind die Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft.

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie geben Halt, Sicherheit und garantieren zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit. Wir wollen Familien daher Rahmenbedingungen bieten, die es ihnen ermöglichen, die Herausforderungen des Lebens bestmöglich zu meistern und dafür Sorge tragen, dass ihre Leistungen finanziell und ideell Anerkennung finden. Neben echter Wahlfreiheit und einer zielgerichteten Förderung von Familien mit niedrigem Einkommen setzen wir auf ein Steuermodell, das unsere Familien stärker unterstützt und ihnen mehr Freiraum gibt.

- **Plus durch Familien-Steuerbonus:** 1.500 Euro pro Kind und Jahr in Form eines Abzugsbetrages
- **Entlastung von Familien mit niedrigerem Einkommen** durch eine Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags
- **Ausbau antragsloser Verfahren** zum Erhalt von Familienleistungen
- **Europarechtskonforme Anpassung der Familienbeihilfe** an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen EU-Staat
- **Finanzielle Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern:** Im Unterhaltsvorschussgesetz sind bestehende Lücken zu prüfen und gegebenenfalls zu schließen. Rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen.
- **Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung:** Flexiblere Öffnungszeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen, flächendeckender Ausbau der qualitativen schulischen Nachmittagsbetreuung, Ausweitung der professionellen Ferienbetreuung

- **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Verstärkter Einsatz moderner Management-Instrumente (z.B.: Audit „Familie und Beruf“); Veränderung der Dauer des arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes sowie des versicherungsrechtlichen Schutzes in Richtung längstmögliche Bezugsvariante des Kinderbetreuungsgeldes für alle Kinderbetreuungsgeldbezieher
- **Reform der Schulferienregelungen** und Einführung von Herbstferien unter Einbindung der Schulpartner
- **Schaffung von Eigenheim,** insbesondere für junge Familien, unterstützen
- **Mutter-Kind-Pass:** Weiterentwicklung des Leistungsspektrums bis zum 18. Lebensjahr
- **Kindeswohl:** Zahnprophylaxe für Kinder und Jugendliche als Kassenleistung etablieren; kindgerechte Reha-Einrichtungen forcieren
- **Reformen im Familienrecht:** Einführung eines Doppelresidenzmodells, Evaluierung der Familiengerichtshilfe sowie verfahrensrechtliche Änderungen zur Beschleunigung der Verfahren in Familienrechtsangelegenheiten
- **Ausbau der „Frühen Hilfen“,** die einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der familiären Situation leisten
- **Aktive Einbindung der Eltern im Bildungsbereich:** Verpflichtende Integrationsmaßnahmen für Eltern mit Migrationshintergrund (z.B. verpflichtende Besuche von Elternsprechtagen)
- **Besuch von Bundesmuseen** durch spezielle preisliche Angebote, insbesondere für Familien, attraktivieren

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
die Jugend.



Wir wollen die Interessen und Talente unserer Jugend früh entdecken und fördern, damit sie die richtige Wahl für ihren weiteren Lebens- und Bildungsweg treffen können.

Die Fähigkeiten und Bedürfnisse junger Menschen sollen erkannt und respektiert werden. Insbesondere sollen junge Erwachsene bei der Findung ihres individuell geeigneten Bildungs- und Berufsweges unterstützt und gefördert werden. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung von Jugendlichen in Politik und Gesellschaft und ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen sollen verbessert werden.

- **Maßnahmen im Jugendbereich besser koordinieren:** Laufende Weiterentwicklung der Österreichischen Jugendstrategie und Ausbau des Kompetenzzentrums Jugend, um ministerienübergreifende Maßnahmen im Jugendbereich zu koordinieren und inhaltlich sowie methodisch zu unterstützen
- **Einheitlicher Jugendschutz:** Vereinheitlichung der Regelungen u.a. zu Mindestalter zum Konsum von Tabak und Alkohol sowie zu Aufenthaltsorten und Aufenthaltsdauer in der Öffentlichkeit
- **Mehr Mitspracherecht ermöglichen:** Gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten
- **Politik für unsere Jugend:** Ausweitung von Kontrollinstrumenten bei Kinder- und Jugendhilfe (z.B. Vier-Augen-Prinzip) und parlamentarische Enquete
- **Betriebsratswahlen schon ab 16:** Das aktive Wahlalter bei Betriebsratswahlen wird von 18 auf 16 Jahre gesenkt (Harmonisierung mit „Wählen ab 16“) und ersetzt den Jugendvertrauensrat

- **Nicht-Raucherschutz für Kinder und Jugendliche:** Rauchen wird für Jugendliche sowie der Verkauf von Tabakwaren an Jugendliche erst ab 18 Jahren genehmigt
- **Ehrenamtliches Engagement belohnen:** Durch die Einführung eines „Ehrenamt-Gütesiegels“ können sich junge Menschen ihre freiwillige Arbeit und ihre erworbenen Qualifikationen zertifizieren und dokumentieren lassen
- **Einführung einer Bildungspflicht:** Keine Schülerin und kein Schüler soll das Schulwesen ohne das nachweisliche Beherrschen bestimmter Grundkompetenzen (Fokus auf Rechnen, Schreiben und Lesen) verlassen
- **Talente entdecken und fördern:** Verbindliche Prüfung der Bildungsstandards ergänzt um weitere Tests am Beginn der 7. Schulstufe, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen
- **Gesundheit fördern:** Schwerpunktsetzung im Bereich der Kindermedizin und Stärkung entlang der Versorgungskette; Zahnprophylaxe für Kinder und Jugendliche als Kassenleistung etablieren.
- **Verbesserungen im Schulärztesystem:** Anonyme und elektronische Auswertung der schulärztlichen Untersuchungen sowie Planung und Monitoring von Präventionsprogrammen in Schulen anhand einer validen Datenbasis
- **Einführung der täglichen Turnstunde:** Bundesweite Umsetzung der täglichen Bewegungseinheit für Kinder und Jugendliche bis zum Ende der Schulpflicht
- **Qualität des Studiums steigern:** Verbesserung der Studienbedingungen durch ein neues Zugangsregelungs-Management sowie durch moderate Finanzierungsbeiträge für Studierende
- **Lehre attraktiver machen:** Ein Lehrberuf-Katalog mit modernen Berufsbildern soll weiter angepasst sowie eine Lehrlingsausbildung nach der Matura etabliert werden
- **Strategie zur digitalen Sicherheit entwickeln:** Bestimmungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Pornographie und Gewalt im Internet erarbeiten
- **Attraktivierung des Grundwehrdienstes**
- **Zivildienst attraktivieren:** Zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten und Qualifizierung für die im Zivildienst ausgeübte Tätigkeit sowie die Zertifizierung von im Zivildienst erworbenen Kompetenzen
- **Wertekurse für geflüchtete Jugendliche:** Ausbau von verpflichtenden staatlichen Werte- und Orientierungskursen für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
Frauen.



Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit Frauen ihr individuelles Lebensmodell umsetzen können.

Frauen übernehmen und tragen Verantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Erfüllung dieser Aufgaben und die Erbringung dieser Leistungen müssen wir besser anerkennen und würdigen. Zudem braucht es für unterschiedliche Lebensphasen maßgeschneiderte Rahmenbedingungen. Chancengleichheit darf dabei kein leeres Schlagwort sein, sondern muss Realität werden.

- **Gleichstellung am Arbeitsmarkt:** Gemeinsam mit Sozialpartnern Diskriminierungen in allen Kollektivverträgen prüfen und beseitigen (Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen)
- **Ziel Einkommenstransparenz:** Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf einen bundesweit einheitlichen Standard
- **Karrierechancen erhöhen:** Informations- und Weiterbildungsmöglichkeiten innerhalb der Betriebe sowie Maßnahmenbündelung für qualifizierte Teilzeitarbeit gemeinsam mit dem AMS etablieren
- **Finanzielle Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern:** Im Unterhaltsvorschussgesetz sind bestehende Lücken zu prüfen und gegebenenfalls zu schließen; rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen
- **Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung:** Flexiblere Öffnungszeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen; flächendeckender Ausbau der qualitativen schulischen Nachmittagsbetreuung; Ausweitung der professionellen Ferienbetreuung
- **Frauengesundheit fördern:** z.B. durch die Forcierung von Gender Medizin

- **Vorsorgeprogramme zu spezifischen Frauengesundheitsproblemen:** Bundeseinheitliche Regelung für Osteoporose-Untersuchung unter 50 und Zugang zum Mammographie-Screening für alle Frauen, unabhängig vom Alter, sowie Überweisungen durch Haus- und Frauenärzte wieder ermöglichen
- **Soziale Sicherheit für Frauen, auch im Alter:** Pensionsansprüche der Eltern sollen während der Zeit der Kindererziehung und Betreuung geteilt werden
- **Mehr Sicherheit gewährleisten:** Österreichweiter Ausbau von Akutintervention und Gewaltschutzzentren bei Gewalt gegen Frauen und Kinder; Ausbau von Notunterkünften für Frauen und Kinder sowie weitere Strafverschärfungen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- **Frauen in Krisensituationen unterstützen:** Forcierung von Unterstützungsleistungen für Frauen in Konflikt- oder Notsituationen durch Geld-, Sach- und Beratungsleistungen
- **Integration von Frauen mit Migrationshintergrund:** Stärkung der Partizipation an der Gesellschaft sowie am Arbeitsmarkt; verstärkter Fokus bei Werteschulungen zur Aufklärung über Gleichberechtigung
- **Geflüchtete Frauen besser schützen:** Weiterentwicklung des Unterbringungsgesetzes, um einen geeigneten Opferschutz sicherzustellen sowie die Einrichtung eines Obsorgeregisters
- **Niedrige Einkommen entlasten:** Durch die Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen sollen insbesondere Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnissen unterstützt werden
- **Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Durch flexiblere Arbeitszeiten, eine Reform der Schulferienregelung sowie dem verstärkten Einsatz von modernen Management-Instrumenten (z.B.: Audit „Familie und Beruf“)
- **Unterstützung durch Au Pairs und Tagesmütter ausbauen:** Durch die Erleichterung bei der Beantragung und die gesetzliche Vereinfachung des Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetzes für Au-pair-Kräfte und den weiteren Ausbau der Tagesmütter sollen Frauen und Mütter im Alltag unterstützt werden
- **Gleichberechtigung im Sport:** Verpflichtung der Fördernehmer in ihren strategischen Verbandskonzepten Frauen- und Mädchensport auszuweisen
- **Aktive Fördermaßnahmen für Frauen in der Forschung:** Bessere Rahmenbedingungen für Forscherinnen ermöglichen (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf)

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
Seniorinnen und
Senioren.



Wir setzen uns dafür ein, dass ältere Menschen ein würdiges und finanziell abgesichertes Leben führen können.

Unsere Seniorinnen und Senioren haben die Grundlage für ein erfolgreiches Österreich gelegt. Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, der soll im Alter eine gute und nachhaltige finanzielle Versorgung erhalten. Die Pensionen sind die finanzielle Grundlage, um die soziale Sicherheit der älteren Generation zu gewährleisten. Um ihnen ein Altern in Würde zu ermöglichen, muss eine optimale Versorgung in Gesundheit und Pflege sichergestellt sein.

- **Soziale Sicherheit im Alter gewährleisten:** Ein spezieller Förderungsfonds für Langzeitversicherte, ein Sonderzuschusses für Menschen mit mehr als 30 Beitragsjahren sowie eine erhöhte Mindestpension von 1.200 Euro für Menschen mit 40 Beitragsjahren wird die soziale Absicherung im Alter sicherstellen
- **Pflege- und Assistenzmanagement aufbauen:** Bessere Koordination auf regionaler Ebene zwischen Pflegebedürftigen, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern
- **Nachhaltige Qualitätssteigerung bei Pflege und Betreuung:** Absicherung und Erhaltung des Geldleistungsprinzips in Verbindung mit der Gewährung von Sachleistungen; Reform der 24-Stunden-Betreuung, um den Bereich Pflegeheime zu entlasten
- **Pflege für jeden leistbar machen:** Abschaffung des Pflegeregresses; Erhöhung des Pflegegeldes ab Pflegestufe 4
- **Langfristige Finanzierung der Pflege:** Ausarbeitung eines Finanzierungs-Konzeptes unter Einbindung der betroffenen Institutionen und Gebietskörperschaften

- **Mehr Innovation und Kreativität in der Pflege und Betreuung:** Kooperation von Kindergärten mit Pflegeheimen, Chancen der Digitalisierung nutzen (Beispiel: Generationen-Zentrum); Integration neuer Wohn- und Betreuungssysteme für Pflegebedürftige im sozialen Wohnbau
- **Zweite und Dritte Säule der Pensionsvorsorge:** Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge – Anlagemöglichkeiten verbessern
- **Sicherstellung der Gesundheitsversorgung vor Ort:** Flächendeckende medizinische Versorgung insbesondere in strukturschwachen Regionen sicherstellen, z.B. durch die Stärkung des Hausarztes, die Ermöglichung und den Erhalt der Hausapotheke sowie von mobilen Versorgungsprogrammen (im Bedarfsfall „Mobile Apotheke“)
- **Altersgerechtes Arbeiten sozial und wirtschaftlich garantieren:** Änderung des Prozentsatzes bei der Korridor pension bei längerem Arbeiten; jährliche Anpassung der Pensionen auf Vorschlag der Pensionskommission
- **Reform der Altersteilzeit:** Anhebung des Zugangsalters zur Altersteilzeit (von derzeit 53/58 schrittweise Anhebung auf 55/60 Jahre)
- **Ausgleichszulage allgemein:** Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- **Ablöse des Berufsschutzes durch Einkommenschutz unter Einbindung der Sozialpartner:** Einführung eines Teilpensionsrechtes als Einkommenschutz, wenn erlernter (höher bezahlter) Beruf auf Grund körperlicher Gebrechen nicht mehr ausgeübt werden kann
- **Zugang zu Lehre ermöglichen:** Mit der Unterstützung aus AMS-Mitteln soll auch für Ältere eine Lehrausbildung ermöglicht werden
- **Rechtliche Absicherung der Ausgleichszulage:** Lösung der europarechtlichen Exportpflicht
- **Pensionskassen:** Stärkere Gleichstellung der steuerlichen Absetzbarkeit bei Beiträgen von Arbeitnehmern in Pensionskassen und der Beiträge der Arbeitgeber
- **Entfall von Beitragspflichten ins Pensionssystem und eine betragsmäßige Pensionsanpassung** ab Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters bei Bezug einer Eigenpension

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
die Bäuerinnen
und Bauern.



Wir setzen uns für eine multifunktionale, wettbewerbsfähige und flächendeckende Land- und Forstwirtschaft ein, deren Herzstück unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind.

Die heimische Landwirtschaft ist das Rückgrat der Versorgungssicherheit in Österreich. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind nicht nur ein starker Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum, sie stehen auch für landwirtschaftliche Produkte auf höchstem Niveau, die Erhaltung einer funktionierenden Kultur- und Erholungslandschaft sowie die Sicherung unserer natürlichen Ressourcen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, braucht es eine neue Agrarpolitik, die auf Unterstützung setzt und Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen bietet. Zudem gilt es den ländlichen Raum als Heimat vieler Österreicherinnen und Österreicher zu stärken.

- **Bessere Absicherung:** Schutz des Eigentums und soziale Absicherung der bäuerlichen Familienbetriebe
- **Reduktion der Bürokratie für Klein- und Mittelbetriebe** durch u.a. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die bäuerliche Direktvermarktung, einfachere Regelungen für die Online-Vermarktung von Produkten und Erleichterung bei der Registrierkassa- und Belegpflicht
- **Vereinfachung im Agrar- und Verwaltungsbereich:** Erleichterungen bei Mehrfachanträgen, Existenzgründungsbeihilfe, Investitionsförderung und stabile Flächenfeststellung zur Erhöhung der Rechtssicherheit
- **Langfristige Ausrichtung der GAP** – Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020: Sicherstellung der Mittel; Weiterführung und nach Möglichkeit Ausbau der nationalen Kofinanzierung

- **Ausbau der Transparenzdatenbank** mit dem Ziel einer Gleichstellung aller Bezieher öffentlicher Gelder
- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Steuerrecht forcieren; unlautere Geschäftspraktiken bekämpfen
- **Exportinitiativen** für Agrarprodukte, Lebensmittel, Zuchtvieh, Forst- und Umwelttechnologie
- **Anti-Gentechnik-Rabatt** auf EU-Ebene für gentechnikfreie Staaten im Anbau
- **Kennzeichnung von Lebensmitteln** verbessern (Herkunft und Produktionsstandards)
- **Weiterverfolgung österreichische Qualitätsstrategie:** u.a. Etablierung einer national und international einheitlichen Dachmarken-Strategie
- **Ausweitung des Versicherungsschutzes** in der Land- und Forstwirtschaft
- **Erleichterung von Betriebsübergaben** durch steuerliche Entlastungen, vereinfachte Behördenverfahren und wirtschaftlich zumutbare Fristen bei Auflagen
- Erarbeitung und Umsetzung eines **Junglandwirte-Pakets**
- **Familienhafte Mitarbeit:** Bestehendes Modell evaluieren und entbürokratisieren
- **Task Force „Zukunft Landwirtschaft und Lebensräume“** zur Behandlung zentraler Themen in der Land- und Forstwirtschaft
- **Eigenständiges land- und forstwirtschaftliches Bildungs- und Forschungssystem** nachhaltig absichern
- **Pilotprojekte**, welche die Chancen der Digitalisierung insbesondere im Bereich der Ressourceneffizienz in der Landwirtschaft offensiv nutzen
- Masterplan gegen **Bodenversiegelung**
- **Umsetzung der österreichischen Waldstrategie 2020** und Stärkung der aktiven, multifunktionalen nachhaltigen Waldbewirtschaftung
- **Masterplan „ländlicher Raum“:** Weitere Konkretisierung und konsequente Umsetzung durch die Bundesregierung

Zusammen. Für unser Österreich.

Eckpunkte aus dem Regierungsprogramm 2017-2022

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent
- "Familienbonus Plus": 1.500 Euro pro Kind
- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern
- Abbau der Bürokratie für Bürger und Unternehmen
- Einführung einer Bildungspflicht
- Deutsch vor Schuleintritt
- Einheitliche Mindestsicherung und Reduktion der Geldleistung für Asylwerber
- Reduktion der Sozialversicherungsträger
- Einsatz für ein gentechnik- und atomfreies Europa
- Versorgungssicherheit im ländlichen Raum
- Nationale Klima- und Energiestrategie
- Mehr Sicherheit durch mehr Polizei
- Härtere Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- Illegale Migration stoppen
- Ausbau der direkten Demokratie
- Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Schuldenbremse in die Verfassung

Die neue
Volkspartei

Unser Weg für
Unternehmerinnen
und Unternehmer.



Wir wollen Unternehmerinnen und Unternehmern mehr Freiheit geben. Weil es ohne die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko in unserem Land weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit gibt.

Damit unser Wirtschaftsstandort florieren kann, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen, in denen Unternehmer ihre Innovationskraft und ihren Fleiß zur Entfaltung bringen und so Wachstum und Arbeitsplätze schaffen können. Gerade in Zeiten großer Herausforderungen wie Globalisierung und Digitalisierung müssen wir mit einer neuen Standortpolitik unnötige Hindernisse für unsere Unternehmen schnellstmöglich aus dem Weg räumen, um so unser Land wieder zurück an die internationale Spitze zu bringen.

- **Einführung einer Staatszielbestimmung Wirtschaftsstandort:** Die Republik bekennt sich zu Wachstum, Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort
- **Mehr Netto vom Brutto:** Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie deutliche Vereinfachung des Einkommensteuerrechts
- **Senkung der Lohnnebenkosten** ohne Leistungsreduktionen
- Stärkung unseres Tourismussektors durch **Senkung des Umsatzsteuersatzes für Übernachtungen** von 13 auf 10 Prozent
- **Abschreibungen** an tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauern angleichen
- **Senkung der Körperschaftsteuer**, insbesondere auf nicht entnommene Gewinne sowie hinsichtlich der Mindest-KöSt

- **Fairer Wettbewerb für heimische Betriebe:** „Digitale Betriebsstätte“ zur Besteuerung internationaler Internet-Konzerne; Fälligkeit der Umsatzsteuer ab dem ersten Euro – auch für (Internet-)Bestellungen aus dem EU-Ausland
- **Arbeitszeitflexibilisierung**, um Arbeitszeitvolumen besser an die Auftragslage anpassen zu können
- **Rücknahme von „Gold-Plating“:** Durchforsten aller bestehenden Vorschriften mit dem Ziel einer Reduktion auf das durch EU-Recht erforderliche Ausmaß
- Reduktion der **Melde- und Informationspflichten** für Unternehmen
- **Beschleunigte Genehmigungsverfahren** insbesondere für wichtige Infrastrukturprojekte und Großinvestitionen, faire Interessenabwägungen und klare gesetzliche Vorgaben beim UVP-Verfahren
- **Verstärkte Einrichtung von „One-Stop-Shops“:** klare und einheitliche Ansprechpersonen in der Verwaltung
- **Reform des Verwaltungsstrafrechts:** Überarbeitung des Kumulationsprinzips zur Vermeidung von Mehrfachbestrafung sowie Verankerung des Prinzips „Beraten statt Strafen“
- Durchforstung der **Arbeitnehmerschutzvorschriften**, Arbeitsinspektorat als Serviceeinrichtung etablieren
- **Erleichterung von Betriebsübergaben** durch steuerliche Entlastungen, vereinfachte Behördenverfahren und wirtschaftlich zumutbare Fristen bei Auflagen
- **Stärkung der dualen Berufsausbildung**, z.B. Weiterentwicklung der betrieblichen Lehrstellenförderung, Modernisierung der Lehrberufe
- Stärkere Ausrichtung des **Studienangebots** am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf; mehr Ausbildungs- und Studienplätze für digitale Berufe
- **Qualifizierte Zuwanderung** unter stärkerer Berücksichtigung des Bedarfs auf dem heimischen Arbeitsmarkt gestalten
- **Arbeitsmarkt überregional ausrichten:** Mangelberufsliste unter Berücksichtigung regionaler Arbeitsmarktgegebenheiten, überregionale Vermittlung ausbauen, Ausweitung der zumutbaren Wegzeiten
- Flächendeckende **Grundversorgung mit Breitband** sicherstellen
- **Bekanntnis zu einer aktiven Handelspolitik** durch faire, transparent verhandelte und qualitativ gut gemachte Handelsabkommen